

Die Krise erfordert wirtschaftliche Vernunft und sozialen Ausgleich

Warum Deutschland weiterhin eine starke Sozialdemokratie braucht

Liebe Leserinnen und Leser,

die **Bundestagswahl am 27. September** ist eine Richtungsentscheidung für unser Land. Angesichts der **Wirtschafts- und Finanzkrise** stehen wir vor großen Herausforderungen. Dabei wird es darauf ankommen, **wirtschaftliche Vernunft und sozialen Ausgleich** in einer vernünftigen Balance zu halten, um **neues Vertrauen** zu schaffen.

Sozialdemokraten beweisen, dass sie dies am besten können. **Schwarz-Gelb** ist kein Zukunftsmodell für Deutschland. Im Gegenteil. Es waren doch Union und FDP, deren Weltbild gegen eine **Regulierung der Finanzmärkte** stand. Sie sind deshalb nicht glaubwürdig, wenn es um die konkrete Umsetzung der notwendigen Finanzmarktreformenten und die nachhaltige Überwindung der Krise geht.

Union und FDP fehlt es an wirklich tragfähigen Wirtschaftskonzepten. Die FDP hat kein Problem damit, in einem Atemzug Steuersenkungen, Investitionen und geringere Staatsverschuldung einzufordern. Und von der Union hat man wenig gesehen, als es etwa um konkrete Vorschläge für das zweite Konjunkturpaket ging.

Kommunales Investitionsprogramm, Umweltprämie und deutliche Verbesserungen beim **Kurzarbeitergeld**: wer hat's vorgeschlagen und durchgesetzt? Die SPD! Vieles von dem, was die Große Koalition erfolgreich auf den Weg gebracht hat, wird inzwischen vom Ausland kopiert. Es entsprang meist sozialdemokratischen Köpfen. **Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück** und **Olaf Scholz** kämpfen gemeinsam und jeder in seinem Bereich um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Die Kanzlerin verlegt sich hingegen am liebsten aufs Moderieren und Abwarten.

Dank einer **sozialdemokratischen Handschrift** ist Deutschland bislang besser mit der Krise fertig geworden, als viele es erwartet hätten, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.

Keine Frage: Wir sind noch nicht über dem Berg. Aber gerade deshalb kommt es darauf an, wer Deutschland in den nächsten vier Jahren regiert. Die **SPD** hat ein überzeugendes **Regierungsprogramm** vorgelegt, das den Herausforderun-

gen unserer Zeit gerecht wird.

Wir wollen einen Neustart der Sozialen Marktwirtschaft durch einen **solidarischen Lastenausgleich**, der Verantwortliche und Vermögende an den Kosten der Überwindung der Krise beteiligt. Das schafft auch die Voraussetzung für **solide Staatsfinanzen**.



Wir wollen einen **gesetzlichen Mindestlohn**, damit Arbeit gerecht entlohnt wird und Vollzeitbeschäftigte nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Wir wollen eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, damit alle Kinder und Jugendliche **faire Bildungschancen** haben. Deutschland kann nicht um die niedrigsten Löhne konkurrieren – wir brauchen die besten Köpfe.

Wir wollen **Familien weiter stärken**, etwa durch einen

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und finanzielle Entlastungen.

Wir wollen die **ökologische Modernisierung** voranbringen. Der Ausbau Erneuerbarer Energien schafft neue Jobs und stärkt die Exportchancen deutscher Unternehmen. Die unsichere Atomkraft hingegen hat keine Zukunft.

Dies sind nur einige Gründe dafür, warum die SPD auch nach der nächsten Bundestagswahl Regierungsverantwortung tragen sollte – mit **Frank-Walter Steinmeier** als **Bundeskanzler**.

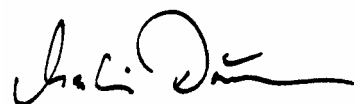
Auch ich will dazu meinen Beitrag leisten. **Deshalb kandidiere ich wieder** für den Deutschen Bundestag, dem ich seit 2002 angehöre.

Über Ihre **Unterstützung meines Wahlkampfes** würde ich mich sehr freuen. Sei es durch Spenden oder als aktive Wahlhelfer/innen.

Es geht um eine **starke Sozialdemokratie**. In **Köln und Berlin**.

Herzlichst

Ihr



Artikel aus der Berlin Depesche Nr. 54 (Juli 2009)